

Die SVP erklärt die Schule zum Brennpunkt

Bürgerliche Bildungspolitik Mit einem neuen nationalen Positionspapier will die Volkspartei Schulreformen in den Kantonen anstossen. Der Lehrerverband begrüsst zwar die Debatte, warnt aber vor zu viel Parteipolitik im Bildungsbereich.

Sabrina Bundi

«Brennpunkt Schule» heisst ein Traktandum der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz am Samstag. Und gemäss neuem Positionspapier der SVP brennt es an den Schulen gewaltig, sie stünden in einer tiefen Krise: «Ideologische Experimente, realitätsferne Ansprüche und die unkontrollierte Zuwanderung haben das Bildungsniveau massiv gesenkt», steht im Vorwort des Papiers.

Grund genug für die SVP Schweiz, erstmals national einen Fokus auf die Bildungspolitik zu legen. Bisher blieb die Mutterpartei zugunsten des Föderalismus bei Bildungsthemen eher zurückhaltend. Aber: «Unser Positionspapier bildet für die Kantone eine Grundlage, um koordiniert Vorstösse einzureichen und die Kantone zum Handeln zu bringen», sagt der Zürcher Nationalrat Benjamin Fischer. Er hat für die SVP das nationale Bildungsdossier übernommen.

FDP hat Mustervorstösse ausgearbeitet

Inhaltlich ist der Fokus klar: Die SVP ist für einen «traditionellen, aber bewährten Unterricht» – und mischt dabei etwas Migrationspolitik hinein. Kopfrechnen mindestens 15 Minuten pro Tag, mehr Werken und Handarbeit, Gedichte lernen, Noten vergeben, nachsitzen müssen. Nichts «Wokes» und auch keine neuen Gender-Satzzeichen. Und alle Kinder müssen eine Landessprache reden können. Weitere Punkte aus dem Papier, die zeigen, wie eine Schulreform à la SVP aussehen würde:

— Handys weg: Lernen geschehe über persönliche Beziehungen und über Emotionen, nicht über Bildschirme.

— Die Zuwanderung belaste das Bildungssystem: Deshalb will die SVP eine Obergrenze für den Ausländeranteil in Schulklassen einsetzen. Und ausserdem die Kinder in eine Sprachschule schicken, bevor sie den regulären Unterricht besuchen dürfen. Familien, die dieser Verpflichtung

nicht nachkommen, sollen Sanktionen erhalten bis hin zum Entzug der Aufenthaltsbewilligung. — Weniger ist mehr: Der Lehrplan müsse drastisch verschlankt werden. Beispielsweise müsse eine zweite Fremdsprache aus der Primarschule wieder gestrichen werden. Welche, soll den Kantonen überlassen werden.

— Der integrative Unterricht sei «katastrophal» gescheitert. Er müsse deswegen umgehend beendet werden – und wieder von Sonderklassen ersetzt werden. — Mehr Bildungsföderalismus: Jeder Kanton solle das tun können, was er wolle – und das Recht haben, seinen eigenen Lehrplan zu erstellen, seine Lehrmittel zu wählen und seine eigenen Bildungsstandards zu setzen.

Viele dieser Themen stehen auch in Bildungspositionspapier, das die FDP bereits im Sommer 2024 ihren Delegierten vorgelegt hatte. Beide Parteien wollen den integrativen Unterricht abschaffen,

«Unser Positionspapier bildet für die Kantone eine Grundlage, um koordiniert Vorstösse einzureichen.»

Benjamin Fischer
SVP-Nationalrat



Auf in eine neue Schule? Bürgerliche Parteien streben eine Schulreform an. Foto: Getty Images

eine zweite Fremdsprache aus dem Primarunterricht verbannen, weniger Bürokratie im Unterricht und sprachliche Integrationsklassen einführen. Auch die FDP legt sich nicht auf Französisch oder Englisch fest, schreibt aber, dass, falls eine Frühfremdsprache unterrichtet werden soll, eine Landessprache zu priorisieren sei.

Die FDP hatte Mustervorstösse für die Kantone ausgearbeitet. Laut einer Mitteilung der FDP wurden davon 30 eingereicht. Im Kanton Zürich hat der Kantonsrat im März 2025 einen Vorstoss angenommen, der eine Rückkehr der Kleinklassen fordert. Im Aargauer Parlament hingegen scheiterte im Herbst 2024 ein Versuch, die integrative Schule abzuschaffen. Ein Jahr später stimmte das Aargauer Parlament dann aber für die Einführung von zusätzlichen Förderklassen – als Teil der integrativen Schule.

Auch die SVP hat bereits verschiedene kantonale Vorstösse eingereicht, «und es werden künftig noch mehr», sagt Ben-

jamin Fischer. Zusammen mit der FDP können die Bürgerlichen so in einigen Kantonen eine Mehrheit erlangen – und den politischen Druck auf die zwei kontrovers diskutierten Themen integrative Schule und Frühfremdsprache steigern.

Sind die Forderungen umsetzbar?

Der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) rechnet mit weiteren, zusätzlichen kantonalen Vorstössen. Er begrüsst grundsätzlich, «dass sich die Politik mit Schule und Bildung befasst und der Thematik so auch die entsprechende Wichtigkeit gibt», sagt Dagmar Rösler, Präsidentin des LCH. Dennoch mahnt sie zur Vorsicht: «Es gibt Bereiche, die sollte die Politik den Fachleuten überlassen.»

Auch Beat A. Schwendimann, Leiter der Pädagogischen Arbeitsstelle des LCH, differenziert: «Eine öffentliche Diskussion ist gut, aber sie sollte auf wissenschaftliche Evidenz und nicht auf

ein Parteiprogramm abgestützt sein.» Wenn zu viel Parteipolitik mitspiele und alle paar Jahre die Richtung gewechselt werde, könne man Reformen nicht richtig umsetzen.

Einige der Forderungen von bürgerlicher Seite seien schlicht auch nicht umsetzbar, sagt Schwendimann. Beispielsweise die Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund zu beschränken. «Was macht man dann mit den überzähligen Kindern? Man kann sie nicht einfach auf andere Schulen verteilen, die dann viel zu weit vom Wohnort weg liegen.»

Dass die Sprachkompetenzen von ausländischen Kindern noch vor dem Eintritt in die Regelschule gefördert werden, begrüsst der LCH hingegen. «In Basel hat man bereits seit einigen Jahren obligatorische Deutschkurse eingeführt und sehr gute Erfahrungen damit gemacht», sagt er. Das Erfolgsmodell sei allerdings auch mit Kosten verbunden, denn «man kann keine obligatorischen Kurse vorschreiben und verlangen, dass die Eltern die Kosten selber übernehmen».

«Man braucht die Sonderschulen»

Der LCH kritisiert noch weitere Forderungen. Betreffend Handyverbot «ist die Politik eigentlich schon zu spät, weil die meisten Schulen bereits eigene Regeln haben», so Schwendimann.

Seine Prognose zu den zwei anderen heissen Eisen: «Was die Fremdsprachen betrifft, wird die Debatte noch Jahre dauern, weil ein Ausstieg aus dem Harmos-Konkordat lange dauert.» Ein Zurück zu den Sonderschulen oder separierten Klassen für Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedürfnissen hingegen würde bedeuten, dass die Kapazitäten ausgebaut werden müssten. «Die Sonderschulen wurden nie ganz abgeschafft, weil man sie braucht – es gibt immer Kinder mit hohem Unterstützungsbedarf», sagt Schwendimann. Mehr Kapazitäten seien hingegen ebenfalls mit hohen Investitionen verbunden.